

Deutsch-französische Agenda zu europäischen Fragen

EINFÜHRUNGSSTATEMENT VON DR. ANDREAS SCHOCKENHOFF MDB BEIM 5. DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN ZUKUNFTSFORUM ZU EUROPA (CLUB-RHÉNAN) AM 18. NOVEMBER 2009 IN PARIS

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte zwei europäische Fragen ansprechen, bei denen ich Handlungsbedarf sehe. Lassen Sie mich aber vorweg etwas Grundsätzliches anmerken, was ich auch in der vorigen Woche in einer Rede im Deutschen Bundestag während der Aussprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin gesagt habe.

Deutschland und Frankreich müssen auch weiterhin in der EU die entscheidende Motor-Rolle in der ganzen Breite der außen- und europapolitischen Themen wahrnehmen. Die Führungsrolle des deutsch-französischen Tandems ist von allen EU-Partnern akzeptiert, sie wird sogar erwartet, wenn wir Europa voranbringen wollen, sie wird vermisst, wenn sich Deutschland und Frankreich nicht einig sind.

Doch es geht nicht nur darum, dass Deutschland und Frankreich die europäische Integration in der Substanz voranbringen – also beispielsweise in den Bereichen Energiesicherheit, Klimaschutz, Weltraum, Bildung oder gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In all diesen Dingen muss Europa mit einer Stimme sprechen – und wir Franzosen und Deutsche können und müssen dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Um dies zu erreichen, sehe ich für uns eine zusätzliche Herausforderung: Denn echte und belastbare Geschlossenheit - vor allem wenn wir in der EU Einigkeit bei schwierigen

Fragen erreichen wollen - erfordert auch eine innere Geschlossenheit, also eine grundlegende Solidarität der EU-Staaten zueinander. Hieran müssen wir noch viel stärker arbeiten.

Deshalb halte ich es für unverzichtbar, dass wir wieder deutlich den europäischen Solidargedanken stärken!

Auf ihm hat die europäische Integration aufgebaut und durch ihn ist die EU zu einem echten Erfolgsprojekt geworden!

Doch die Vorgänge während der Wirtschafts- und Finanzkrise oder das jüngste Gipfeltreffen, wo das Thema Klimaschutz offenbart hat, wie weit alte und neue Mitgliedsstaaten auch in ihrem Lebensgefühl auseinanderliegen: allein diese beiden Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, dass wir den Solidargedanken wieder stärker ins Bewusstsein bringen und vor allem noch stärker *in der EU* und *als EU* danach handeln.

Dies wieder zu erreichen, darin sehe ich eine besondere Aufgabe unserer beiden Länder – und dazu können auch wir als Club Rhénan einen Beitrag leisten.

Ich möchte jetzt zwei Themen ansprechen, bei denen ich gerade auch für uns eine besondere Rolle sehe.

FRANKREICH

DR. ANDREAS SCHOCKENHOFF
MDB

18. November 2009

www.kas.de

www.kas.de/paris

Mein erster Punkt ist die Stärkung des Weimarer Dreiecks.

Wir haben derzeit die ideale Konstellation, dass in den drei Ländern des Weimarer Dreiecks Partner aus derselben europäischen Parteienfamilie die Regierung stellen. Das ist eine gute Voraussetzung, um eine gemeinsame Politik zu entwickeln.

Allerdings kann das Weimarer Dreieck nicht – wovon vielleicht der eine oder andere in Polen träumt – die Bedeutung erlangen, die der deutsch-französische Motor hat, weil zwar die deutsch-französische Motor-Rolle – wie gesagt – von allen EU-Mitgliedsstaaten akzeptiert ist, das gilt aber nicht für Polen, das erst seit kurzem EU-Mitglied ist und zu dem lange ein schwieriger Partner war.

Insofern müssen wir uns bei der Auswahl von Themen, bei denen wir durch Initiativen des Weimarer Dreiecks die EU-Politik voranbringen wollen, auf sogenannte „natürliche Themen“, wie ich es nennen möchte, konzentrieren. Ich meine damit Themen, bei denen jeder andere EU-Partner ein natürliches Interesse unserer drei Länder sieht. Denn solche Themen dürften am ehesten die Akzeptanz unserer anderen EU-Partner finden.

Solche Themen sehe ich im Bereich der Nachbarschaftspolitik: Polen und Deutschland haben ein besonderes Interesse an einer intensiven Entwicklung der „Östlichen Partnerschaft“, Frankreich unterstützt dieses Projekt nachdrücklich.

Frankreich seinerseits hat ein besonderes Interesse an einer starken Union für das Mittelmeer – und ich denke, hier müssen wir mit noch mehr Nachdruck die Dinge voran bringen. Polen versteht inzwischen sehr gut, dass es einen aktiven Beitrag zur Entwicklung der Union für das Mittelmeer leisten muss, wenn es Frankreich für eine intensive Unterstützung bei der „Östlichen Partnerschaft“ gewinnen will – und es will diesen Beitrag leisten. Dass Deutschland die Union für das Mittelmeer nach Kräften fördert und sie ebenfalls mit Frankreich voranbringen will, brauche ich nicht gesondert zu erwähnen.

Es könnte also *ein* Ziel unserer weiteren Arbeit im Club Rhénan sein, unseren Regierungen Initiativen vorzuschlagen, wie das Weimarer Dreieck in seiner politischen Bedeutung für die Integration Europas und die engere Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn gestärkt werden könnte.

Mein zweiter Punkt betrifft die EU-Perspektive der Türkei

Die Verhandlungen mit der Türkei sind mit dem Ziel des EU-Beitritts aufgenommen worden, aber das ist ein ergebnisoffener Prozess.

Unabhängig davon, ob wir statt einer Vollmitgliedschaft eine „privilegierte Partnerschaft“ oder eine andere möglichst enge Anbindung der Türkei an die EU für die politisch sinnvollere Lösung halten, stellt sich die Frage, ob denn die Türkei noch in die EU will.

Ich möchte dafür fünf Gründe nennen:

Erstens kommen die Beitrittsverhandlungen nicht voran, sie geraten möglicherweise recht bald an einen toten Punkt. Von den 35 Verhandlungskapiteln ist nach vier Jahren Verhandlungen erst ein einziges Kapitel vorläufig abgeschlossen worden. Bei zehn Kapiteln laufen die Verhandlungen, acht Kapitel wurden auf Eis gelegt, die übrigen Kapitel sind aus den verschiedensten Gründen blockiert, lediglich bei fünf Kapiteln können die Verhandlungen noch eröffnet werden. Dass die Verhandlungen nicht voran kommen, liegt vor allem an der Türkei.

Ein konkretes Beispiel dafür ist mein zweiter Grund: Die Türkei verweigert seit drei Jahren die Anwendung des Ankara-Protokolls. Das spricht nicht für den Willen, die EU-Regeln zu akzeptieren.

Drittens wird in der Türkei selbst vermehrt über die sog. „Norwegen-Lösung“, also eine EWR-Mitgliedschaft, gesprochen.

Viertens spielt die Türkei im Nahen und Mittleren Osten eine immer wichtigere Rolle. Aber immer klarer scheint mir auch, dass sich die Türkei in dieser Rolle nicht durch 27

FRANKREICH

DR. ANDREAS SCHOCKENHOFF
MDB

18. November 2009

www.kas.de

www.kas.de/paris

oder mehr EU-Partner einbinden lassen und ihre unabhängige Rolle aufgeben will.

Schließlich fünftens: Wenn der türkische Ministerpräsident den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad offen einen „Freund“ nennt, obwohl dieser den Holocaust leugnet, oder wenn er über den wegen Völkermordes gesuchten sudanesischen Präsidenten Bashiir sagt, ein Muslim könne keinen Völkermord begehen, dann stellt sich schon die Frage nach dem Verständnis europäischer Werte.

Das wirft eine Reihe von Fragen auf, wie wir strategisch weiter mit der Türkei umgehen sollten. Ich möchte dafür zehn Fragen zur Diskussion stellen:

1. Haben wir genügend überzeugende Argumente dafür, dass eine Vollmitgliedschaft der Türkei von der EU nicht zu verkraften ist, vorausgesetzt die Türkei würde alle Beitrittsvoraussetzungen erfüllen, und dass stattdessen eine möglichst enge Anbindung sowohl für die EU wie auch für die Türkei eine bessere Alternative wäre. Denn wir müssen nicht nur die Türkei, sondern auch unsere EU-Partner überzeugen.
2. Teilen wir die Auffassung, dass die Türkei aus den genannten und weiteren Gründen zu einem bestimmten Zeitpunkt selbst auf eine Vollmitgliedschaft verzichten wird – nur dass sie selbst diese Entscheidung treffen will? Und wie können wir das argumentativ noch überzeugender untermauern?
3. Wenn die Modernisierung der Türkei in unserem Interesse liegt, stellt sich die Frage, ob dieser innere Modernisierungsprozess bereits unumkehrbar ist. Oder wird es innenpolitische Rückschläge geben, die nicht in unserem Interesse liegen, wenn die Perspektive der EU-Vollmitgliedschaft aufgegeben und stattdessen auf eine Alternative umgesteuert wird? Wie könnten wir das abfedern?
4. Wann also ist der richtige Zeitpunkt für ein Umsteuern gekommen? Geben wir der Türkei beispielsweise noch ein zu-

sätzliches und letztes Jahr, in dem sie das Ankara-Protokoll erfüllen muss. Wenn dies nicht geschieht, sollte das dann gleichsam das Ende der Beitrittsverhandlungen sein? Erreichen wir dafür die Zustimmung aller EU-Staaten? Was tun wir, wenn die Türkei rechtzeitig das Ankara-Protokoll erfüllt und damit auch die acht wichtigen, auf Eis gelegten Verhandlungskapitel wieder geöffnet werden können?

5. Diese Frage stellt sich auch, wenn die Türkei infolge einer Zypern-Regelung, die wir ja alle erreichen wollen, das Ankara-Protokoll erfüllt.
6. Wäre es taktisch klüger, auf entschiedene Maßnahmen wegen der Nicht-Erfüllung des Ankara-Protokolls zu verzichten und zugleich die Verhandlungen weiterhin vor sich hin dümpeln zu lassen, bis der tote Punkt erreicht ist – und dann erst mit Vorschlägen für eine alternative Anbindung zu kommen?
7. Wie stellen wir sicher, dass wir als EU der Türkei in den Beitrittsverhandlungen dauerhaft die vollständige und strikte Erfüllung der Beitrittsvoraussetzungen abverlangen, bis es zu der Situation kommt, dass sie selbst – insbesondere aus innenpolitischen Gründen – das Ziel der Vollmitgliedschaft aufgibt?
8. Wie sichern wir uns bei einem Umsteuern auf eine Alternative zur Vollmitgliedschaft die uneingeschränkte Zusammenarbeit der Türkei in Energiefragen – Stichwort Nabucco?
9. Eine konstruktive und stabilisierende Rolle der Türkei in ihrer Region liegt in unserem Sicherheitsinteresse und sollte von uns unterstützt werden. Allerdings ist diese Region für uns strategisch so wichtig, dass wir Einfluss auf die Politik der Türkei im Nahen und Mittleren Osten haben sollten. Ziel muss sein, dass wir eine aufeinander abgestimmte Politik betreiben, bei der durchaus auch mit verteilten Rollen gespielt werden kann. Ein solches Spielen mit verteilten Rollen wäre allerdings im Falle einer Vollmitgliedschaft der Türkei nicht mög-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FRANKREICH

DR. ANDREAS SCHOCKENHOFF
MDB

18. November 2009

www.kas.de

www.kas.de/paris

lich. Wie also die Türkei außenpolitisch einbinden, ohne sie aufzunehmen?

10. Wie könnte inhaltlich eine Alternative zur Vollmitgliedschaft aussehen, oder, wie es in dem Dokument zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei heißt, die „möglichst enge Anbindung an die EU-Strukturen“? Ist es die „Norwegen-Option“? Was verstehen wir konkret unter „Privilegierter Partnerschaft“? Sollten wir der Türkei eine Teilmitgliedschaft in der GASP oder ESVP anbieten, um sie außenpolitisch stärker einzubinden, wenn wir dafür Chancen sehen?

Das sind einige Fragen, auf die wir als Club Rhéna strategische Antworten suchen und öffentlich präsentieren könnten.